

Newsletter 3 vom 05.11.2012: Roma-Flüchtlinge in Essen im Oktober 2012



Mit diesem Newsletter möchten wir eine Versachlichung der durch die kurzzeitige Unterbringung von Flüchtlingen in der Lohstraße losgetretene Diskussion erreichen.

Inhalt:

- 1) Rückblick auf 13 Tage Turnhallenbelegung
- 2) Bericht von Dagmar Kunellis
- 3) Info-Blatt von ProAsyl/Flüchtlingsrat (verteilt vor der Bürgerversammlung)
- 4) Beschluss der Kreissynode Essen
- 5) Verwaltung der Stadt Essen: Unterbringung von Asylbewerbern
- 6) EKD-Pressemitteilung 211/2012 : Katholische und evangelische Kirche mahnen zur Besonnenheit

1. Rückblick auf 13 Tage Turnhallenbelegung

Auch ProAsyl erfuhr erst aus der Presse von dem Hilferuf der Bezirksregierung Mitte Oktober und der Zusage der Stadt, rund 50 Flüchtlinge kurzfristig und für begrenzte Zeit in der Lohstraße aufzunehmen. Grund war, dass die regulären Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes überfüllt waren.

Bei einem Besuch noch vor der Bürgerversammlung am 17.10.2012 überzeugten wir von ProAsyl uns, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit Rotem Kreuz und einem Sicherheitsdienst die Turnhalle im Rahmen ihrer Möglichkeiten professionell als Notunterkunft hergerichtet hatte. Der Bustransport zwischen Dortmund, Aachen, Essen verlief chaotisch und verunsicherte sowohl die schutzsuchenden Menschen mit Kindern als auch die Helfer durch sich widersprechende Informationen unnötig.

Auf Bitten der Bezirksregierung führte ProAsyl vor Ort eine erste Verfahrensberatung durch. Wir konnten dabei auf einen Rom, den wir vor Jahren beraten hatten, als Dolmetscher zurückgreifen und Asylinformationen in serbokroatisch verteilen. Die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB), die für die erste Registrierung der Flüchtlinge zuständig ist, erhielt von uns erste Informationen über Folgeanträge und mögliche Familienzusammenführungen. Ende Oktober wurde die Notbelegung dann wie von der Stadt versprochen wieder aufgelöst.

Viele Anwohnerinnen und Anwohner reagierten zunächst aufgebracht auf die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nähe. Auf der Bürgerversammlung gab es z.T. feindselige Äußerungen. Die Situation beruhigte sich dann aber schnell und viele Menschen halfen den Flüchtlingen. Dies zeigt der unten stehende Bericht der Pfarrerin Dagmar Kunellis.

Fazit: So ein Feldbettenlager ohne jegliche Berücksichtigung der Intimsphäre ist lt. DRK für die Notversorgung nach Katastrophen gedacht. Sie darf sich nicht wiederholen! Ist doch seit dem Sommer bekannt, dass mit vermehrter Zuwanderung überwiegend von Roma aus Serbien und Mazedonien zu rechnen ist.

Auch die Stadtverwaltung wird Konsequenzen ziehen.

ProAsyl hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder gefordert, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen – egal ob mit Aussicht auf Asyl oder auf ein anderes Aufenthaltsrecht – menschenwürdig untergebracht werden müssen. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen reagiert jetzt die Stadt Essen und weitet ihre Aufnahmekapazitäten aus, denn in den letzten Jahren wurden zu schnell Übergangsheime geschlossen.

Daneben will die Stadt verstärkt helfen, für Flüchtlinge Wohnungen zu finden. Dies unterstützen wir ausdrücklich. Wenn nun weitere neue Unterkünfte gesucht werden, dürfen keine Massenquartiere entstehen (wie damals auf dem Kutel-Gelände). Der Schutz von Frauen und Kindern, ihre Intimsphäre muss auch in den Sanitäranlagen gesichert sein. Den Kindern muss geholfen werden, schnell in

angemessener Nähe ihrer Schulpflicht gerecht zu werden. All dies kann nur durch eine dezentrale Unterbringung im ganzen Stadtgebiet gesichert werden. Die bisherigen Stellen für Sozialbetreuung reichen angesichts der größeren Zahl Asylbewerber nicht aus und müssen dringend aufgestockt werden.

Unverständlich sind mir Äußerungen von Politikern im Bund und in Essen, die vollkommen ausblenden, dass Roma in Serbien und Mazedonien schwerwiegender Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind (s. Infoblatt von ProAsyl/Flüchtlingsrat) und den Eindruck in der Öffentlichkeit vermitteln, dass diese Menschen kein Recht hätten, Schutz zu suchen, illegal hier seien und nur wegen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Erhöhung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz kämen.

Wenn dann noch die Forderung nach Verminderung der Barleistung erhoben wird, frage ich: Wollen die Befürworter wirklich diesen Schutzsuchenden „das Grundrecht auf Gewährung eines würdigen Existenzminimums“ verweigern, dessen Anspruch unser Grundgesetz „als Menschenrecht“ begründet? (s. http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html)

Zu solchen Forderungen nimmt die Pressemitteilung der EKD „Katholische und evangelische Kirche mahnen zur Besonnenheit“ Stellung. (s.unten) Sie sollte nachdenklich machen. Mir machen diese klaren Worte Mut.

Kathrin-A. Richter, Vorstand ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen

2. Roma-Flüchtlinge in der Turnhalle an der Lohstraße

Die Emotionen schlugen zunächst hoch bei einigen Anwohnern, nachdem über die Zeitung bekannt wurde, dass eine Gruppe von Flüchtlingen, hauptsächlich Roma, in der Turnhalle der ehemaligen Hauptschule an der Lohstraße einquartiert werden sollten. Böse Zwischenrufe bei der Bürgerversammlung, Schmierereien auf der Straße sowie die Anwesenheit von Vertretern der NPD ließen Schlimmes befürchten für den kurzen Aufenthalt der Roma in Bedingrade. Auch Unterschriftenlisten gegen die Not-Einquartierung machten sofort die Runde.

Zum Glück fanden sich genau so schnell auch Anwohner, die energisch gegen solche Sammelisten antraten und der Meinung waren, man müsse sich doch schämen, so ablehnend gegen Menschen in Not vorzugehen. Trotz mancher Vorbehalte waren sich doch viele der Anwohner einig: Wenn es denn schon so ist, das die Flüchtlinge notdürftig unter sehr widrigen Verhältnissen in einer Turnhalle einquartiert werden müssen, dann sollte ihnen doch wenigstens geholfen werden.

Es waren ausgerechnet die direkten Nachbarn, die der Schule direkt gegenüber wohnen, die als erste aktiv wurden und den Kontakt mit den Flüchtlingen suchten. Nachdem man sich kurz untereinander verständigt hatte, wurden schon am Tag nach der Ankunft der Flüchtlinge Spielsachen für die Kinder gesammelt, so dass diese das schöne Wetter auf dem Schulhof zum Spielen nutzen konnten. Und eine ganze Gruppe hatte schließlich die Idee, die Flüchtlinge gemeinsam zu besuchen und ihnen Blumen und Obst mitzubringen als Zeichen dafür, dass man ihnen guten Nachbarn sein wollte.

Dieser Besuch, zu dem die Anwohner auch ihre Kinder mitbrachten, wurde von den Flüchtlingen sehr erfreut aufgenommen. In Gesprächen mit einigen der Flüchtlinge wurde deutlich, dass die Ankömmlinge selbst verunsichert waren und nicht genau wussten, wie es mit ihnen weitergehen sollte. Auch die anwesenden Vertreter der Stadt waren sichtlich froh über die Entspannung der Situation, die eine Woche vorher noch nicht zu erwarten war.

Für die Anwohner, die in diesen beiden Wochen teilweise zum ersten Mal Kontakt mit Flüchtlingen hatten, war es sicherlich eine eindruckliche Erfahrung, einmal selbst zu sehen, wie die Notunterbringung von Flüchtlingen in unserem reichen Land aussehen kann. Als positives Ergebnis ist zu sehen, dass die Information über die Situation der Flüchtlinge dazu führte, dass manche Menschen schließlich ihre vorgefasste Meinung änderten und dann doch gerne halfen. So sind in den beiden Wochen einige gute Kontakte entstanden, die in Zukunft sicher genutzt werden können, falls wieder einmal eine ähnliche Situation anstehen sollte.

Dagmar Kunellis

3. Info-Blatt von ProAsyl/Flüchtlingsrat (verteilt vor der Bürgerversammlung am 17.10.2012)

Seit heute werden aufgrund nicht ausreichender Aufnahmekapazitäten der regulären Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in NRW vorübergehend vor allem Roma-Flüchtlinge in der Turnhalle in der Lohstraße untergebracht. ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen fordert eine humane Unterbringung, Versorgung und Beratung der Betroffenen. Die Aufnahme in einer Turnhalle kann allenfalls als kurzfristige Maßnahme in Betracht kommen.

Wir fordern die Essener Bürgerinnen und Bürger auf, die Flüchtlinge gerade wegen dieser schwierigen Unterbringungsbedingungen in ihren ersten Tagen in Deutschland willkommen zu heißen.

Bei Fragen rund ums Thema wenden Sie sich an **ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.**

Telefon: 0201-20539 www.proasylessen.de @: info@proasylessen.de



Zur aktuellen Debatte um angeblichen Asylmissbrauch

Gemeinsame Erklärung von Roma- und Flüchtlingsorganisationen stellt klar:

Roma und andere Minderheiten werden in Serbien und Mazedonien massiv diskriminiert

Mit einer gemeinsamen Erklärung wenden sich heute zahlreiche Roma-Verbände und Flüchtlingsorganisationen gegen die pauschale Denunziation von serbischen und mazedonischen Asylsuchenden. Innenminister Friedrich und andere deutsche Politiker haben jüngst Asylsuchenden aus dem Balkan pauschal Asylmissbrauch vorgeworfen – ohne auch nur ein Wort über die Lebenssituation der Betroffenen in ihren Herkunftsländern zu verlieren.

Die gemeinsame Erklärung der Verbände und Organisationen stellt klar, dass ein Großteil der Asylsuchenden aus dem Balkan Roma sind, die in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert werden. Ende August stellte die EU-Kommission in ihrem dritten Bericht zur Visaliberalisierung erneut fest, dass die Roma in allen Balkanstaaten einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt hindert. Nach Aussagen der serbischen Regierung leben circa 60 Prozent der geschätzten 450 000 Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen; 30 Prozent haben keinen Zugang zu Trinkwasser; 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Serbische Studien belegen, dass Romakinder in Sonderschulen mit einem Anteil von mehr als 30 Prozent deutlich überrepräsentiert sind. Umfragen zufolge gelten sie als die meist diskriminierte Bevölkerungsgruppe in Serbien, eine Diskriminierung, die sich insbesondere im Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich macht. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in ihrem letzten Länderbericht zu Serbien fest, dass die Mehrheit aller Roma von Gelegenheitsjobs wie beispielsweise dem Sammeln von Altmetall lebt und dass kaum Roma in staatlichen Betrieben beschäftigt sind. Auch in Mazedonien sind Roma allumfassender Diskriminierung ausgesetzt. Wie in Serbien leben sie oft in abgeschiedenen Siedlungen, wo sie keinen oder nur beschränkten Zugang zu grundlegenden Diensten haben. Romakinder sind in Sonderschulen und in Sonderklassen deutlich überrepräsentiert, was sowohl auf ungeeignete Einstufungstests als auch auf eine falsche Orientierung der Eltern zurückgeht, wie das Budapester *European Roma Rights Centre* kürzlich in einer Studie feststellte. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in einem 2010 veröffentlichten Bericht fest, dass 70 Prozent aller Roma in Mazedonien arbeitslos sind, womit ihre Arbeitslosigkeit deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. ECRI fand auch, dass Roma mit Vorurteilen im Gesundheitssystem konfrontiert sind, was ihren Zugang zu medizinischen Dienstleistungen beeinträchtigt.

Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien dürfen nicht vom Recht auf Asyl ausgeschlossen werden. Sie haben ein Recht auf eine Prüfung ihres Anspruchs auf Asyl, innerhalb derer die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern in angemessener Weise zu berücksichtigen ist.

Presseerklärung 16.10. 12, PRO ASYL Frankfurt, Tel. 069 / 23 06 95, presse@proasyl.de, www.proasyl.de

4. Beschluss der Kreissynode 26./27.10.2012, Kirchenkreis Essen Antrag der Synodalen Pfarrerin Dagmar Kunellis, Bedingrade-Schönebeck

Beschlussvorschlag für die Kreissynode 26./27.10.2012

Die Kreissynode Essen spricht sich ausdrücklich gegen ein verkürztes Asylverfahren sowie gegen die Aufhebung der Visumsfreiheit für Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien aus. Sie schließt sich damit der Presseerklärung der Diakonie Deutschland vom 17.10.2012 (siehe unten) an. Der Innenminister des Landes NRW Ralf Jäger wird von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt.

Begründung:

Eine Änderung der Gesetzeslage allein für die Volksgruppe der Roma verschärft und festigt die ohnehin bestehende Diskriminierung der Roma weiter und ist kein geeignetes Mittel, die Fluchtproblematik zu lösen. Eine dauerhafte Hilfe für die Roma kann nur sein, ihnen in ihren Herkunftsländern eine Lebensperspektive zu verschaffen. Dies gelingt nicht durch abschreckende Maßnahmen in Deutschland und anderen Zufluchtländern, sondern nur, indem von Seiten der EU sowohl politischer Druck auf die Regierungen von Serbien und Mazedonien ausgeübt wird als auch Aufbauhilfen auf den Weg gebracht werden, damit die betroffenen Länder den Roma die Möglichkeit eines ungehinderten Zugangs zu Bildung, medizinischer Versorgung, menschenwürdiger Unterkunft und zum Arbeitsmarkt verschaffen können.

Presseerklärung der Diakonie Deutschland vom 17.10.2012

Angesichts der aktuellen Diskussion betont die Diakonie, dass jedes Asylgesuch als Einzelfall gründlich zu prüfen ist. "Das Grundrecht auf Asyl darf nicht ausgesetzt werden - auch nicht für Bürgerinnen und Bürger aus Serbien oder Mazedonien", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. Ein Asylgesuch dürfe nicht pauschal als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, nur weil die Antragszahlen aus bestimmten Herkunftsländern steigen.

"Viele Einreisende aus Serbien und Mazedonien sind Roma. Gerade bei der Minderheit der Roma muss geprüft werden, ob nicht mehrere Gründe dafür sprechen, dass Schutz gewährt werden sollte. Roma sind oft staatlicher Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen, extremer Armut und Hunger ausgesetzt, von hoher Arbeitslosigkeit betroffen (bis zu 90 Prozent) und deutlich erhöhter Kindersterblichkeit", erläutert Loheide. Eine so genannte kumulierte Diskriminierung gehöre nach den UNHCR-Richtlinien zu den Kriterien, die auch zur Anerkennung als Flüchtling führen können. Mit knapp 2.500 Flüchtlingen, die aus diesen beiden Ländern im September in Deutschland Zuflucht gesucht hätten, seien die deutschen Aufnahmekapazitäten in keinster Weise überlastet. Zum Vergleich: Im größten Flüchtlingslager der Welt, im kenianischen Dadaab, hielten sich derzeit 500.000 Flüchtlinge auf. Bei extremer Dürre in Somalia kämen dort täglich 1.000 Menschen hinzu.

Loheide betont weiter, dass sich Mazedonien und Serbien in Beitrittsverhandlungen zur EU befänden. "Wir sind auf dem Weg zur uneingeschränkten Freizügigkeit für Menschen aus diesen Ländern. Jetzt die gerade abgeschaffte Visumpflicht wieder einzuführen und den Menschen den Pass abzunehmen, damit sie nicht ausreisen können, läuft dem Prozess völlig zuwider." Angehörige der Roma aus Bulgarien und Rumänien könnten bereits ohne Visum einreisen und sich in Deutschland eine Arbeit suchen. Es sei überaus kurzfristig, die Problemlagen für die Roma- Minderheit der Balkanländer durch Einschränkungen des Asylrechts und der Freizügigkeit zu lösen, wie es die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, Österreichs und den Niederlanden in einem Brief an die EU-Kommissarin Cecilia Malmström forderten. "Roma gehören zu Europa und bedürfen der uneingeschränkten Anerkennung und Unterstützung", betont Loheide.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit, 6 Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen.

5. Verwaltung der Stadt Essen: „Unterbringung von Asylbewerbern“

1. Entwicklung der letzten Jahre

- Die Zahl der Asylbewerber in Essen hatte sich bis Ende des Jahres 2009 auf niedrigem Niveau stabilisiert.
- Aufgrund der Lockerung der Visa-Bestimmungen durch die Europäische Union im Dezember 2009 haben ab der zweiten Jahreshälfte 2010 vermehrt Personen der Bevölkerungsgruppe der Roma aus Serbien und Mazedonien Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland gestellt.

- Daraufhin hat die Stadt die Übergangsheime Sartoriusstraße und Auf'm Bögel 38-40 reaktivieren müssen.
- In diesem Jahr liegt der Anstieg gegenüber dem Vorjahr nochmals um 30 Prozent höher, so dass bereits jetzt mehr Asylbewerber unterzubringen sind als in den Wintermonaten der Vorjahre.
- Ein Zusammenhang mit den aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zu gewährenden höheren Leistungen für Asylbewerber wird von vielen mit der Thematik befassten Stellen und Experten angenommen.
- Aktuell befinden sich in den zehn Essener Übergangwohnheimen 654 Bewohner, davon 377 Asylbewerber aus Serbien und 126 aus Mazedonien, sowie 153 aus anderen Herkunftsländern.
- Die Problematik der gestiegenen Asylbewerberzahlen resultiert alleine aus den stark gestiegenen Asylbewerbern aus Serbien und Mazedonien.
- Die Personen reisen mit einem gültigen Reisepass aus Serbien und Mazedonien als Touristen in den sogenannten „Schengen Raum“ ein und stellen dann zum Beispiel in Deutschland einen Asylantrag.
- Nahezu 100 Prozent der Asylanträge von Roma aus Serbien und Mazedonien werden abgelehnt. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die von dieser Personengruppe gestellten Asylerst- und Asylfolgeanträge im Wesentlichen und überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen gestellt werden.
- Die Stadt Essen ist zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW –FlüAG- verpflichtet.

2. Ausblick

Eine detaillierte Prognose der weiteren Fallzahlentwicklung ist nicht möglich. Die bisherigen Erfahrungen lassen erwarten,

- dass in den Wintermonaten mit einem Anstieg der Asylbewerberzahl der Personengruppe der Roma aus Mazedonien und Serbien gerechnet werden muss, der in jedem Jahr höher liegt als im Vorjahr,
- dass damit die Gesamtzahl der unterzubringenden Asylbewerber jährlich steigt,
- dass es immer wieder zu kurzfristigen Spitzen im Zuzug dieser Personengruppe kommt, die ebenso kurzfristig untergebracht werden müssen. Alle beteiligten Stellen gehen davon aus, dass aufgrund der Steigerungsrate in den letzten Monaten ein weiterer Bedarf von 100 – 150 Plätzen in den kommenden Wintermonaten besteht.

3. Maßnahmen

Zur Sicherstellung weiterer Unterkunftsmöglichkeiten für Asylbewerber sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Vermittlung der Spätaussiedler aus der Spätaussiedlerunterkunft Dahlhauser Straße in Wohnungen und Belegung mit Flüchtlingen aus anderen Übergangwohnheimen, die schon länger in Essen leben (Kapazität 60 Personen),
2. Unterbringung von geeigneten Asylbewerbern aus Asylunterkünften in Mietwohnungen, die durch die Stadt angemietet werden (Kapazität 50 Personen),
3. Erweiterung der Unterkunft Auf'm Bögel durch Herrichtung des Gebäudes Auf'm Bögel 42 (Kapazität 40 Personen); geschätzte Dauer der Umsetzung zirka drei - vier Wochen,

4. Herrichtung der ehemaligen Grundschule in Dilldorf, Oslenderstraße als „Behelfseinrichtung“ für nicht planbare notfallmäßige und vorübergehende Unterbringungen für Asylbewerber. Die Sicherstellung der Grundleistungen erfolgt hier über Sachleistungen gemäß § 3 Absatz 1 AsylBLG (Asylbewerberleistungsgesetz). Grundleistungen sind der Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgüter. Notwendige Kleidung soll möglichst als Wertgutschein gewährt werden. (Kapazität 80 Personen); geschätzte Dauer der Umsetzung nach Beschlussfassung: sechs - acht Wochen.

6. EKD-Pressemitteilung 211/2012 : Katholische und Evangelische Kirche mahnen zur Besonnenheit Gemeinsame Äußerung der Prälaten Jüsten und Felmberg zur Debatte um Schutzsuchende in Deutschland

Im Blick auf die Vorschläge von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich zum Umgang mit den gestiegenen Zahlen von Asylbewerbern aus Serbien und Mazedonien mahnen der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten, und der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat Dr. Bernhard Felmberg, zur Besonnenheit. Jeder Asylsuchende habe in Deutschland das Anrecht auf eine unvoreingenommene und gründliche Prüfung seines Asylantrags. Dieses Recht dürfe auch angesichts gesteigener Asylbewerberzahlen nicht in Frage gestellt werden. Dies gelte auch für Asylsuchende aus Ländern wie Serbien und Mazedonien. In der Vergangenheit sind immer wieder Angehörige dieser Staaten als Flüchtlinge anerkannt worden. Nach bisheriger Gesetzeslage seien Serbien und Mazedonien nicht als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. „Aus unserer Sicht sprechen hierfür gute Gründe“, erläutert Prälat Dr. Felmberg. „So ist bekannt, dass Roma in beiden Ländern schwerwiegenden Diskriminierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt sind.“ - „Erhebliche Sorge bereitet es uns, dass für viele Roma der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu sanitären Einrichtungen und sauberem Trinkwasser in ihren Herkunftsländern nicht gewährleistet ist“, führt Prälat Dr. Jüsten aus.

Vor diesem gravierenden Problem dürften die Europäische Union (EU) und Deutschland nicht die Augen verschließen. Die EU habe bereits Anstrengungen unternommen, die allerdings noch nicht zu einer relevanten Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma in ihren Herkunftsländern geführt hätten. „Unsere Bemühungen müssen weiterhin auf die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen gerichtet sein“, so Prälat Jüsten.

Eine Kürzung sozialer Leistungen für die Asylantragsteller im Verfahren lehnen beide Prälaten ab. Das Bundesverfassungsgericht habe – ganz im Gegenteil – im Sommer eine Anhebung der Leistungen angeordnet, weil ein menschenwürdiges Existenzminimum der Antragsteller bisher nicht gesichert war. „Die Kürzung von Barleistungen für Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten, die der Bundesinnenminister vorschlägt, ist unserer Ansicht nach mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar“, erklärt Prälat Felmberg. „Das Gericht hat es ausdrücklich untersagt, das menschenwürdige Existenzminimum aus Gründen der Abschreckung zu unterschreiten“, so Prälat Jüsten.

Prälat Felmberg und Prälat Jüsten sprechen sich außerdem gegen die Aufforderungen des Bundesinnenministers an die Länder aus, Asylbewerbern statt Geld nur noch Sachleistungen zu gewähren. Nicht ohne Grund zahlten die meisten Kommunen und Bundesländer mittlerweile Geldleistungen aus. Für die Verwaltungen sei dies unbürokratischer und kostengünstiger. Zu bedenken sei auch, dass von solch restriktiven Maßnahmen ausnahmslos alle Asylsuchenden betroffen wären – auch diejenigen, die aus Bürgerkriegs- und Krisenländern kommen, wie Syrien, dem Irak und Afghanistan. Schutzsuchende aus diesen Ländern stellen nach wie vor die Mehrheit aller Asylsuchenden.

Hannover, 23. Oktober 2010, Pressestelle der EKD, Reinhard Mawick

Hinweis: Diese Pressemitteilung wird von den Pressestellen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz gleichzeitig verschickt. Doppelungen bitten wir zu entschuldigen.